

Telegramme

Gewerkeübergreifende Erfa-Gruppe: Teilnahme noch möglich

Anfang 2019 soll im Rahmen des Projekts „Dialog und Perspektive Handwerk 2025“ eine gewerkeübergreifende Erfa-Gruppe zum Thema Building Information Modeling (BIM) starten. In dieser Gruppe tauschen sich Handwerksbetriebe zu speziellen und auf sie zugeschnittenen Themen aus. Für das Thema BIM gibt es noch freie Plätze. Interessierte Betriebe, die idealerweise bereits über Erfahrungen mit BIM verfügen, können sich beim Ansprechpartner, der BWHM GmbH, melden.

www.bwhm-beratung.de

Energiewende: Handwerksbetrieb ausgezeichnet

In Bühl hat Umweltminister Franz Untersteller Anfang Dezember die Veith Gebäudetechnik als ersten „Ort voller Energie“ in Baden-Württemberg ausgezeichnet. „Bei Veith ist der nachhaltige Umgang mit Energie Teil der Unternehmenskultur“, sagte Untersteller im Anschluss an einen Firmenrundgang. Als Auszeichnung überreichte er eine Wandplakette mit der Inschrift „Hier wird die Energiewende gelebt“. Das Gebäude liegt nach Angaben des Unternehmens 25 Prozent unter den Vorgaben der gültigen Energieeinsparverordnung. Die Auszeichnung vorbildlicher „Orte voller Energie“ ist ein Baustein des neuen Kommunikationskonzeptes der Landesregierung zur Energiewende in Baden-Württemberg. Das Konzept soll gemäß Koalitionsvertrag neue Schwerpunkte bei der Vermittlung der Energiewende setzen.

Initiative Wirtschaft 4.0: 50 Millionen Euro für Digitalisierung

Die Spitzen der Initiative Wirtschaft 4.0, darunter auch der BWHT, haben sich Anfang Dezember in Stuttgart getroffen. Wirtschafts- und Arbeitsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut verkündete, 50 Millionen Euro für die Weiterentwicklung von Digitalisierungsprojekten bereitstellen zu wollen. Zudem plane die Initiative weitere diverse branchenspezifische Unterstützungsmaßnahmen für Industrie, Handwerk, Handel und die Dienstleistungswirtschaft. Mit der Initiative Wirtschaft 4.0 will das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit den Partnerorganisationen, zu denen auch der Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) gehört, weiterhin insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen im Land begleiten.

Dr.-Rudolf-Eberle-Preis: Handwerksbetrieb gewinnt Innovationspreis

Die Rosswag GmbH hat den vom Wirtschaftsministerium ausgelobten Landes-Innovationspreis 2018 gewonnen. Mit dem Preis werden alljährlich mittelständische Unternehmen für ihre herausragenden Entwicklungen und Anwendungen neuer Technologien ausgezeichnet. Für seine hybride Schmiede-/3D-Druck-Bauteile erhält der Handwerksbetrieb aus Pfalz ein Preisgeld von 25.000 Euro.

Weiterbildung für Ungelernte wird attraktiver

Die Landesregierung hat eine Fachkursförderung im Programm, die für verschiedene Personengruppen die Teilnahmegebühren von fachlicher beruflicher Weiterbildung mit einem Umfang zwischen acht und 240 Unterrichtseinheiten verbilligt. In der von vielen Bildungseinrichtungen des Handwerks genutzten Fachkursförderung gibt es für Gründer, Wiedereinsteiger, Beschäftigte und Unternehmer bislang eine Kostenreduktion um 30 Prozent. Für über 50-Jährige erhöht sich der Zuschuss auf 50 Prozent. Neu ist ein Zuschuss in Höhe von 70 Prozent für Personen ohne Berufsabschluss. Die neue Förderlinie ist besonders für Kurse interessant, mit denen Flüchtlinge angesprochen werden sollen.

Energie: Strompreiserhöhung bietet Sonderkündigungsrecht

Zum 1. Januar erhöhen viele Stromanbieter ihre Preise – was für betroffene Kunden ein Sonderkündigungsrecht beinhaltet. Für Handwerksbetriebe eine gute Gelegenheit, ihren aktuellen Vertrag auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls in die Energieeinkaufsgemeinschaft des Handwerks (EEG) zu wechseln. www.handwerk-bw.de/handwerk-in-bw/projekte/energieeinkaufsgemeinschaft/

DAS HANDWERK
DIE WIRTSCHAFTSMACHT VON NEBENAN.

Impressum

Verantwortlich: Oskar Vogel
Redaktion: Marion Buchheit
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart
Tel. 0711/263709-105
E-Mail: mbuchheit@handwerk-bw.de



Patrick Giese (Maler Giese/FilTime), Hanna Schaaf (Schaaf GmbH), Phillip Geißler (FilTime) stehen vor der Genossenschaftsgründung zur Entwicklung eigener Software.

Foto: Patrick Giese

Gewerkeübergreifende Zusammenarbeit 4.0

Innovation: Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum initiiert Genossenschaftsgründung

Der Markt bietet Handwerksbetrieben eine fast unüberschaubare Anzahl unterschiedlicher digitaler Lösungen. Häufig ist jedoch nicht das Passende dabei. Das stellen auch der Dachdeckerei- und Zimmereibetrieb Schaaf und der Malerbetrieb Giese unabhängig voneinander fest. Das Projekt Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum Stuttgart brachte beide zusammen und machte den Weg frei für eine ungewöhnliche Form der Zusammenarbeit: Die beiden Betriebe aus Stuttgart wollen nun gemeinsam eine Genossenschaft gründen und in dieser ihre eigene Software entwickeln.

Informationsaustausch

Ausgangspunkt für Hanna Schaaf war der Informationsaustausch mit Subunternehmern, der immer komplizierter wurde. „Wenn wir mit drei verschiedenen Gewerken an einer Baustelle arbeiten, muss es nicht sein, dass jeder nochmal neu das Aufmaß nimmt“, nennt sie ein Beispiel. Auch die Kommunikation lief meist über mehrere Kanäle wie Telefon, Fax und E-Mail. Aus dieser Situation heraus kam sie im Frühjahr 2018 auf das Kompetenzzentrum zu, das eine begleitete Projektumsetzung anbietet.

Kontakt durch DigiCheck

Patrick Giese von der Maler Giese GmbH hatte sich zu diesem Zeitpunkt hingegen schon des Problems

der unzureichenden analogen Planstecktafel angenommen und aus dem Malerbetrieb heraus ein Start-up gegründet. Die FilTime GmbH bietet eine digitale Version, die von allen Mitarbeitern unterwegs abgerufen werden kann. Bei einem Digitalisierungsscheck des Kompetenzzentrums, den die BWHM GmbH im Betrieb durchführte, wurde klar: Patrick Giese und sein Kollege Phillip Geißler hatten den Kopf schon voller weiterer Ideen zum Ausbau der FilTime-Software.

Chemie stimmte sofort

Bei einem BIM-Cluster-Treffen im Juni trafen die beiden Betriebe schließlich aufeinander und stellten schnell Gemeinsamkeiten fest. Bereits am Tag darauf gab es ein erstes gemeinsames Treffen im Kompetenzzentrum. Alle Ideen wurden gesammelt und daraus ein gemeinsames Konzept entwickelt. Wichtig: Im Rahmen des Workshops konnte auch ausgeschlossen werden, dass es bereits passende Lösungen am Markt gibt.

Wahl der Organisationsform

Nun stand eine schwierige Entscheidung an – die Wahl der passenden Organisationsform. Lisa Hornberger (bwcon) und Nina Steinhäuser (BWHM GmbH) vom Kompetenzzentrum regten eine Genossenschaft an und holten Michael Roth, einen Gründungsberater des Baden-Würt-

tembergischen Genossenschaftsverbands, mit ins Boot.

Gewerkeübergreifend zum Ziel

Im Workshop gab Roth detailliert Auskunft zu Fragen wie: „Kann der Gegenstand einer Genossenschaft die Entwicklung und der Betrieb von IT/Software sein?“ Oder: „Gibt es Fördermöglichkeiten bei Genossenschaftsgründungen?“ Obwohl die Überlegungen im Vorfeld deutlich mehr in Richtung GmbH-Gründung gegangen waren, waren sich am Ende alle einig: Die Genossenschaft ist eine geeignete Option für das Vorhaben. Oskar Vogel, Hauptgeschäftsführer des Baden-Württembergischen Handwerkstags, hält das für den richtigen Schritt: „Wir brauchen Betriebe, die in gewerkeübergreifenden Zusammenhängen denken und bei der Umsetzung von Ideen neue Wege beschreiten. Genossenschaften können dabei oft die passende Organisationsform sein.“

Kurz vor Gründung

Die Betriebe feilen mittlerweile intensiv am Geschäftsmodell für ihre gemeinsame Genossenschaft und werden dabei weiterhin vom Kompetenzzentrum begleitet. Fest steht: Die Ausgestaltung der Software soll zwar von Genossenschaftsmitgliedern bestimmt werden, aber auch am freien Markt erhältlich sein. Damit noch mehr Handwerksbetriebe von der guten Idee profitieren können. **nst**

Alte Diesel zügig erneuern

Handwerkstag fasst Grundsatzbeschluss – Politik drückt sich um klare Aussagen

Nur noch wenige Tage, dann gilt in Stuttgart das Fahrverbot für alle Dieselfahrzeuge der Abgasnorm Euro 4 und schlechter. Weitere Städte könnten folgen. Zwar hat die Landesregierung dem Handwerk unbefristete Ausnahmen zugesagt. Im Luftreinhalteplan für die Stadt, in dem die Fahrverbote festgeschrieben sind, macht die Politik diese Ausnahmen aber an die Vorlage einer Selbstverpflichtung seitens der Wirtschaft abhängig. Der Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) hat deshalb einen „Grundsatzbeschluss zur Flottenerneuerung für Luftreinhaltepläne in Baden-Württemberg am Beispiel der Landeshauptstadt Stuttgart“ gefasst. „Als Umweltdienstleister Nummer eins tragen die Handwerksbetriebe bereits heute maßgeblich im Bereich der Gebäude-, Energie-, Umwelt-, und Fahrzeugtechnik zur Schadstoffreduzierung in den Innenstädten bei. Auch in Sachen Fuhrpark möchten wir unseren Teil für mehr saubere Luft beitragen. Wir empfehlen den Handwerksbetrieben deshalb, insbesondere Dieselfahrzeuge der Euro 4-Norm (oder schlechter) zügig auszutauschen“, so Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold. Aller-

dings: Konkrete und allgemeingültige Zielsetzungen für eine Flottenerneuerung kann der BWHT nicht einfach so festlegen. Denn für jede Stadt müssen die regionalen Gegebenheiten beachtet werden. Dies kann nur von den regional zuständigen Handwerkskammern geleistet werden. „Wir erwarten, dass das Verkehrsministerium nun im Gegenzug die erforderlichen Rahmenbedingungen und Infrastrukturen für nachhaltige Mobilität schafft sowie dem Handwerk freie Fahrt ohne Fahrverbote gewährt. Ebenso erwarten wir, dass Dieselfahrzeuge der Schadstoffnorm Euro 5 unbefristet weiterfahren dürfen, bis Nachrüstungen für diese Fahrzeuge rechtssicher geklärt und entsprechende Konditionen verhandelt wurden“, so Reichhold. Hinzu kommt: Zur Umsetzung der Ausnahmegenehmigungen sind noch Fragen offen. Da ist es das Mindeste, dass die Stadt Stuttgart Berichten zufolge eventuelle Verstöße im Januar noch nicht ahnden will. Wirklich ärgerlich aber ist der Umgang mit den Fahrverboten für Euro-5-Dieselfahrzeuge. Diese hatte der Verwaltungsgerichtshof Mannheim zwingend gefordert. Doch hier drückt sich die Landesregierung um klare Aussagen. Sie macht der Automobilindustrie nicht genügend Druck in Sachen Nachrüstung. Stattdessen scheint man darauf zu hoffen, dass sich hier schon etwas tue. Und diese Verzögerungstaktik ist leider nur zu gut bekannt – sie hat dem Handwerk und den Pendlern bereits das Euro-4-Fahrverbot ab Januar eingebracht. **mb**

Grundsatzbeschluss**Zentrale Aussagen**

- Empfehlung an Mitglieder, Dieselfahrzeuge der Euro-4-Norm (oder schlechter) zügig auszutauschen
- Abgabe einer formalen Selbstverpflichtung nicht möglich, da Handwerksordnung keine Rechtsgrundlage vorsieht
- Flottenerneuerung durch Unternehmen bleibt freiwillig
- Konkrete Zielsetzungen durch regional zuständige Handwerkskammern
- Einsatz für mehr stickstoffbindende Fassadenfarbe an Gebäuden des Landes
- Forderung einer unbefristeten Fahrerlaubnis für Euro-5-Fahrzeuge, bis Nachrüstungen rechtssicher geklärt sind

Meister sorgen für Fachkräfte

Handwerkstag: Regierung soll Meisterbrief-Initiative unterstützen

Im Januar wird im Wirtschaftsausschuss des Bundesrats ein Antrag des Freistaates Bayern beraten, der sich mit der Wiedereinführung des verpflichtenden Meisterbriefes in einzelnen zulassungsfreien Handwerken befasst.

Ursprünglich war eine Abstimmung noch in diesem Jahr geplant. Bei der Novelle der Handwerksordnung 2004 wurde von der rot-grünen Bundesregierung die Meisterpflicht in 53 Gewerken abgeschafft. Der Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) unterstützt die Bundesratsinitiative.

Garant für Erfolg

„Der Meisterbrief ist Garant für erfolgreiches Unternehmertum und nachhaltige Investition in Fachkräfte. Er steht für die Wertigkeit der Ausbildung und Weiterbildung, fördert lebenslanges Lernen und leistet nicht nur einen entscheidenden Beitrag zur Integration von Migranten. Er bietet darüber hinaus einen Qualitätsstan-

dard, an dem sich die Kunden orientieren können, und sorgt so für mehr Verbraucherschutz. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, sich der Initiative von Bayern im Bundesrat anzuschließen“, so Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold.

Fehler bereinigen

Mit einem verpflichtenden Meisterbrief für mehr Gewerke würden gerade kleinere Betriebe in ländlichen Regionen gesichert und für künftige Herausforderungen gerüstet. Reichhold: „Das Handwerk möchte sich in Zeiten des digitalen Umbruchs zukunftsfit aufstellen. Gute Qualität auf technologisch höchstem Niveau wird nur durch gute Fachkräfte erreicht. Dazu müssen Fehler der Vergangenheit bereinigt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass alle zulassungsfreien Gewerke, die eine Wiedereinführung des Meisterbriefes als Berufszugangsvoraussetzung wünschen, ihre Argumente bei der Politik vorbringen können.“ **mb**

Neue Technologien live testen

Innovationspfad „Digitales Bauen“ im Januar in Stuttgart

Wie lassen sich Virtual-Reality-Brillen und Drohnen für den Baubereich einsetzen? Welche Möglichkeiten bietet die Digitalisierung dem Bauwerk und wie können kleine und mittelständische Bauunternehmen davon profitieren? Um diese und viele weitere Fragen geht es am 30. Januar 2019 beim Innovationspfad „Digitales Bauen“. Dafür öffnet das Fraunhofer IAO von 10 bis 18 Uhr seine Pforten für interessierte Handwerksbetriebe und sonstige kleinere Unternehmen aus dem Bauhaupt- und Ausbaugewerbe.

Der vom Kompetenzzentrum Digitales Handwerk konzipierte Innovationspfad ist ein tatsächlich begehbare Parcours, auf dem die Teilnehmer die Möglichkeit haben, nützliche Anwendungen und Werkzeuge für das Baugewerbe hautnah zu erleben. Der

Parcours besteht aus 15 verschiedenen Stationen, die an typische betriebliche Abläufe angelehnt sind – also von der Kundengewinnung über die Auftragsvergabe, Bauvorbereitung und -durchführung bis zur Abnahme sowie bis zum Kundenservice. Der geführte Rundgang berücksichtigt aber auch Herausforderungen in der Verwaltung und präsentiert Lösungsansätze, beispielsweise umfassende Warenwirtschafts- und Kalkulationssysteme sowie innovative Projektsoftware.

Gastgeber des Innovationspfades sind das Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum Stuttgart und der Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT). **nst**

■ Weitere Infos und Anmeldung unter: <https://eveeno.com/141272944>

Schüler müssen Streit ausbaden

Digitalpakt: Landesregierung lehnt Grundgesetzänderung ab

Der Digitalpakt, mit dem die Bundesregierung fünf Milliarden Euro in die Digitalisierung der deutschen Schulen investieren wollte, lässt weiter auf sich warten. Anfang Dezember ließen die Bundesländer eine Einigung auf eine Grundgesetzänderung, die aus Sicht der Bundesregierung für die Umsetzung nötig wäre, vorerst platzen.

Allen voran: Die baden-württembergische Landesregierung mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU). Bereits frühzeitig machte Kretschmann klar, dass eine Grundgesetzänderung mit ihm nicht zu machen sei, sei sie „ein gravierender Eingriff in die Hoheit der Länder“. Die Kultusministerin erwartet schwierige Verhandlungen, die sich wohl weit ins nächste Jahr ziehen könnten. „Ich bin sehr skeptisch, ob das möglich ist, die Fragen wirklich zügig in der Definition von zügig zu klären“, so Eisenmann.

Warten auf finanzielle Mittel

Für Schulen, für Lehrer, für Schüler und Eltern sind das schlechte Nachrichten. Sie müssen weiter warten, bis die Mittel für eine bessere digitale Ausstattung fließen. Auch für den Präsidenten des Baden-Württembergischen Handwerkstags (BWHT), Rainer Reichhold, hätte der Digital-

pakt längst kommen müssen: „Wir reden nun seit weit über einem Jahr über mehrere Milliarden, die die Bundesregierung den Schulen für mehr digitale Bildung zur Verfügung stellen will. Passiert ist aber bisher noch gar nichts! Stattdessen streiten Bund und Länder, in welcher Form das Ganze umgesetzt werden soll“, so Reichhold.

Digitales Rüstzeug

Die Leidtragenden seien heute die Schüler und morgen die Betriebe, die neuen künftige Auszubildende in der Schule nicht das erforderliche digitale Rüstzeug erhielten. Die Digitalisierung stellt Unternehmen und Mitarbeiter vor immer neue Herausforderungen, neue Fähigkeiten und Kompetenzen werden benötigt. Dafür die Voraussetzungen zu schaffen, sei eine grundlegende Aufgabe der Schulen.

Die müssten dafür allerdings zeitgemäß ausgestattet sein. „Bund und Länder müssen sich schnell einigen. Dabei müssen auch Berufsschulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten angemessen berücksichtigt werden. Es kann nicht sein, dass für digitale Bildung Gelder zur Verfügung stehen, diese aber wegen fehlender politischer Einigungen nicht zum Einsatz kommen können“, moniert Reichhold. **mb**